

Calmer Calmbach

Nr. 263.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Preis 9.

Mittwoch, den 10. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung M. 12.50 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das Zustandekommen des Waffenstillstandes nach französischer Darstellung.

In der „Illustration“ bringt, wie der „Schwäbische Merkur“ mitteilt, Tardieu einen längeren Bericht über die Verhandlungen, die vor 2 Jahren in den Tagen vom 23. Oktober bis zum 4. November zu dem Waffenstillstand führten. Die Frage, ob überhaupt ein Waffenstillstand möglich oder wünschenswert sei und wenn ja, auf welche Weise man Deutschland einerseits verhindern könne, den Krieg wieder aufzunehmen, andererseits aber zwingen könne, die einzelnen Friedensbedingungen anzunehmen, wurde im Sinne Wilsons den Militärkreisen zur Entscheidung überlassen und Clemenceau unterbreitete als Vorsitzender des obersten Rats der Verbündeten diese Frage dem Marschall Foch zur Beantwortung. Foch berief zum 25. Oktober eine Zusammenkunft der vier höchstkommandierenden Generale ein, nämlich General Petain, Marschall Haig, General Pershing und den belgischen Generalstabchef Gillain. Gillain wurde aufgehalten und konnte der Sitzung nicht beiwohnen. Haig ergriff als erster das Wort. Er empfahl den Abschluß des Waffenstillstandes zu sehr mäßigen Bedingungen. Die verbündeten Armeen befinden sich am Ende ihrer Kräfte, Deutschland sei militärisch noch nicht gebrochen. Die deutschen Truppen zögen sich in bester Ordnung zurück. Wenn man wirklich wolle, daß ein Waffenstillstand zustande komme — und ein solcher sei wünschenswert — so müsse man Deutschland Bedingungen vorschlagen, welche für Deutschland annehmbar seien, d. h. die Räumung der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien und ebenso die Räumung Elsaß-Lothringens, sowie die Rückerstattung des am Anfang des Krieges den Franzosen und Belgiern genommenen rollenden Materials. Wenn man mehr verlange, so könnte das unter Umständen zur Folge haben, daß die nationale Gesinnung in Deutschland neuerdings aufgepeitscht würde und der Krieg vielleicht bis zu einem zweifelhaften Ende fortduere, denn die Räumung der besetzten Gebiete und Elsaß-Lothringens genüge, um den Sieg zu bekräftigen. Der General Pershing erklärte, erst die Aeußerungen des Generals Petain anhören zu wollen. Petain hielt nur einen vollständigen Waffenstillstand im Sinne der Wilsonnote vom 23. 10., d. h. einen Waffenstillstand, der dem Feind die Wiederaufnahme des Krieges verbiete und den Verbündeten den Diktatfrieden ermögl.che. Zu diesem Zweck sei zweierlei nötig. Erstens, daß die deutsche Armee ohne eine einzige Kanone und ohne einen einzigen Lauf, nur mit den Handfeuerwaffen in die Heimat zurückkehre. Um das zu erreichen, genüge es, daß man die Räumung Frankreichs so kurz bemesse, daß es dem deutschen Heere unmögl. sei, das Material mitzunehmen, und daß man nicht nur die Räumung der besetzten Gebiete und Elsaß-Lothringens verlange, sondern auch das linke Rheinufer und eine 50 Kilometerzone des rechten Rheinufer besetze. Gleichzeitig müsse man die Ablieferung von 5000 Lokomotiven und 100 000 Eisenbahnwagen fordern. Petain fügte weiter hinzu, daß nach seiner Meinung diese Bedingungen zwar unumgängl. notwendig seien, daß aber wenig Wahrscheinlichkeit bestehe, daß Deutschland diese Bedingungen annehmen würde. General Pershing erklärte sich hierauf in kurzen Worten mit den Ausführungen Petains einverstanden. Foch nahm die Erklärung zur Kenntnis und die Konferenz wurde hierauf geschlossen. Foch machte am folgenden Tage die im Waffenstillstandsvertrag enthaltenen Bedingungen als Ergebnis der Konferenz mit Clemenceau bekannt. Bei den Verhandlungen des obersten Rates der Verbündeten in Versailles schlug damals der Amerikaner B. L. die völlige Entwaffnung und Demobilisierung Deutschlands vor. Die englische Admiralität verlangte des weiteren die Auslieferung sämtlicher deutscher Tauchboote und des größten Teiles der Handelsflotte. Foch, der schon in der ursprünglichen Fassung der Waffenstillstandsbedingungen die Annahme für zweifelhaft erklärt hatte, warnte nunmehr davor, die Bedingungen noch weiterhin zu verschärfen. Eine völlige Entwaffnung und Demobilisierung würde nur durch eine vollständige Besetzung des deutschen Gebietes möglich sein. Aber denken Sie daran, ganz Deutschland zu besetzen? fragte er. Und, die Begegnung der Flotte hätte andererseits ja nur den Charakter einer Kundgebung an die Adresse der Galerie. Eine Verschärfung der Bedingungen könne den Krieg um 3 bis 5 Monate verlängern. Trotzdem blieb der englische Admiralstab auf der Auslieferung der deutschen Flotte bestehen. Lloyd George, der keine der Bedingungen zu Lande erörtert hatte, befürchtete, daß die Forderung seiner Marineachverständigen den Krieg unnötig verlängern könnte. Er wollte, daß man wenigstens abwarte, bis es sich herausstelle, daß Deutschland kapituliert habe. Es komme darauf an, ob man sofort

den Frieden haben oder noch ein ganzes Jahr den Krieg führen wolle. Es sei zwar verlockend, eine gewisse Zahl von Schiffen wegzunehmen, aber das sei eine Nebensache. Von ausschlaggebender Bedeutung sei, daß zur Stunde alle verbündeten Armeen jede Woche größere Verluste erlitten, als sie während des ganzen Krieges in irgend einer Woche verloren hätten. Am 2. November drückte Clemenceau die Einfügung der Klausel von der Wiedergutmachung der Schäden in den Text des Waffenstillstandsvertrags durch. Am 4. November wurde in Versailles der endgültige und eine Woche später unterzeichnete Wortlaut angenommen. Was Erzberger an Änderungen in diesem Wortlaut erreichte, war die Herabsetzung von 30 000 Maschinengewehren auf 25 000, von 2000 Flugzeugen auf 1700 und von 10 000 Kraftwagen auf 5000 und ferner das Versprechen schnellster Verpflegungsmaßnahmen.

Die Zustände in Irland.

(W.B.) London, 9. Nov. In Dublin hat die Polizei mit Unterstützung von Panzertruppen in den Hauptstraßen eine Razzia ausgeführt und dabei kam es gestern abend zu schweren Unruhen. Mehrere Eisenbahnen von lokaler Bedeutung haben in Irland den Verkehr eingestellt. Auch der Verkehr auf den großen Linien wird eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Lloyd George für Fortsetzung der Unterdrückung.

(W.B.) London, 9. Nov. Im unteren Haus kam es wieder zu einer erregten Debatte über die Repressalien in Irland. Lloyd George bemerkte hierbei, daß nach seiner Überzeugung das Land bestimmt mit der Vernichtung der Wölbverbände durch die Regierung rechnet. Das Haus erörterte sodann eingehend den Regierungsvorschlag, der den irischen Rat veranlassen soll, ein Projekt über die Schaffung von 2 Oberhäufern für die beiden Parlamente einzubringen, eines für Nordirland und eines für Südirland.

Die amerikanischen Iren drohen England mit Repressalien.

London, 9. Nov. Die Zeitung „Star“ vernimmt, der Generalkonsul für Irland habe vom Präsidenten der Vereinigungen der irischen Gesellschaften in Amerika folgende Mitteilung erhalten: Wenn vom 14. November an noch weitere Repressalien in Irland vorkommen, werden wir mit Repressalien in Amerika gegen die Engländer antworten. Für jeden Mann, Frau oder Kind, die nach dem 14. November von Polizisten oder englischen Soldaten ermordet werden, werden drei Engländer in Amerika zu büßen haben.

Der Krieg im Osten.

Ein Bericht Wrangels.

Jassy, 10. Nov. Ein zusammenfassender Bericht der Armee Wrangel besagt: Nachdem die Bolschewisten mit Polen Frieden geschlossen hatten und über ihre Kräfte, welche bis jetzt die Front hielten, frei verfügen konnten, stellten sie drei Armeen gegen uns auf und verteilten sie in drei Gruppen: Kachowka, Njokol und Pologi. Zu Beginn ihrer Offensive betrug ihre Stärke 100 000 Mann, davon ein Viertel Kavallerie. Die Bewegungsfreiheit unserer Armee im Norden und im Nordwesten wurde behindert. Das rote Oberkommando beschloß, unseren linken Flügel anzugreifen und warf die Kavallerie gegen Kachowka in Richtung Gromowka und Salkowo, um diesen Flügel gegen das Kosowsche Meer zu drücken und sich dadurch einen freien Weg nach der Krime zu bahnen. Angesichts der gegenwärtigen Lage zog sich die russische Armee wieder zusammen. Die erste rote Armee mit lettischen und anderen Infanterieabteilungen mit mehr als 10 000 Säbeln und 10 000 Gewehren wurde in südöstlicher Richtung gegen Kachowka, etwa 6000 Säbel gegen Salkowo geworfen. Wir konzentrierten die Angriffstruppen und warfen die rote Kavallerie, welche unsere Front bei Siwasch durchbrochen hatte, zurück. Die tapferen Truppen des Generals Kutepow vernichteten zwei Regimente lettischer Divisionen vollständig und erbeuteten 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. Die Donkosaken nahmen vier Regimente gefangen und erbeuteten fünf Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und sonstiges Material. Die Kräfte des Feindes waren jedoch größer als die unsrigen, besonders die Kavallerie, die 25 000 Mann zählte. Das Oberkommando beschloß, unsere Truppen auf die besetzte Linie Siwasch—Perikow zurückzuziehen. Diese Linie bietet alle Vorteile der Verteidigung. Die Schläge, die unsere Armee dem Feind unaufhörlich versetzte und durch die ein großer Teil der Dubjenny-Kavallerie vernichtet wurde, ermöglichten unseren Rückzug fast ohne Verluste.

Konstantinopel, 9. Nov. Die Agentur Rußgent meldet: Die Angriffe der roten Truppen in der Gegend von Nowo-Alexandrowsk und Siwasch sind abgewehrt worden. Die Truppen des Generals Wrangel weichen keinen Schritt mehr zurück. Im Abschnitt von Perikow sind die roten Truppen nach Nowo-Alexandrowsk ausgewichen, da sie den Angriffen der Truppen Wrangels nicht Stand halten konnten. Abteilungen, die mit Wrangel gemeinsame Sache machten, haben die roten Truppen bei Meschi angegriffen und eine Infanteriebrigade geschlagen.

Polen pfeift auf die Wünsche des „Völkerbundes.“

Konno, 9. Nov. Die Lit. Tel.-Ag. meldet: Die Entschiedenheit des Völkerbundes hat Polen die Pflicht der vollkommeneren Ablehnung Seligowskis auferlegt. Nichtsdestoweniger sandte Warschau dem ausländischen General in Wilna nicht nur fortgesetzt Truppen, Munition und Ausrüstungen zum Kampfe gegen Litauen, sondern auch viele Millionen Gelder zur Leitung der polnischen Verwaltung und des Plebiszitverfahrens. In Wilna arbeitet ganz öffentlich eine Warschauer politische Regierungskommission mit Seligowski zusammen, der sich als Diktator ausgerufen hat und die Mobilisierung von 8 Jahrgängen vornimmt. In diesen Tagen kamen von Warschau bedeutende Transporte mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln in Wilna an. Litauen wird bis zum letzten Mann die Verteidigung gegen die Warschauer Eroberungsgeheule fortsetzen, selbst wenn die Hoffnungen auf die gerechte Aktion des Völkerbundes und der Entente in Trümmer fallen.

Lettland und der litauisch-polnische Streit.

(W.B.) Kopenhagen, 9. Nov. Das hiesige Lett. pr.-Büro teilt mit, daß entgegen anderslautenden Meldungen, Lettland nicht mobilisiere. Einige ältere Jahrgänge, die zu Landarbeiten entlassen worden seien, würden jetzt wieder einberufen. Es sei richtig, daß die lettisch-litauische Grenze zurzeit stärker als früher bewacht werde. Aber dies sei darauf zurückzuführen, daß Lettland sich gegen eventuelle Absichten des Generals Seligowski schützen wolle. Der lettische Minister des Aeußern habe zu Pressevertretern erklärt, daß Lettland in der Frage des polnisch-litauischen Grenzstreits neutral bleiben wolle und daß es wünsche, zu seinen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten.

Polnisch-rumänische Bündnisverhandlungen.

(W.B.) Kopenhagen, 9. Nov. Nach einem Telegramm aus Warschau gibt die Zeitung „Kurjer Warszawski“ folgende Zusammenfassung der Ergebnisse des Besuchs Tadeusz Jonescu in Warschau: In politischen Kreisen begreift man, daß die Verhandlungen bezüglich der Bildung der kleinen Entente zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, da die Beziehungen zur Tschekoslowakei noch nicht geklärt sind. Bei den politischen Gesprächen wurden auch andere wichtige Fragen erörtert, besonders die Frage eines Bündnisses zwischen Polen und Rumänien, der man in rumänischen Kreisen das größte Interesse entgegenbringt. Die Verhandlungen, die in dieser Richtung in Warschau eingeleitet wurden, sollen in Bukarest fortgeführt werden.

Der Wierwar im Orient.

(W.B.) Moskau, 9. Nov. Georgien hat der Türkei ein Ultimatum gestellt, welches die Räumung von Ardagan und Artwin verlangt. Die georgischen Truppen werden in Batum konzentriert, wo man den Vormarsch der Türken erwartet.

Aus dem bolschewistischen Paradies.

Moskau, 9. Nov. Ein Dekret des Rates der Bolschewikkommissionen schafft sämtliche Zahlungen für wirtschaftliche Leistungen des Staates ab. Hierunter fallen auch die Abgaben für Gas, Elektrizität, Wasser und Telefon, sowie die Kosten für öffentliche Bauten. Spätestens am 1. Januar werden die Zahlungen für den Passagier- und den Güterverkehr abgeschafft.

Zur äußeren Lage.

Die Völkervereinigung und die Dieselmotoren.

Paris, 9. Nov. Zu der gestrigen Sitzung der Völkervereinigung, die sich auch mit der Frage der Dieselmotoren beschäftigte, berichtet Havas, die internationale militärische Kontrollkommission in Deutschland habe ungefähr 300 Dieselmotoren von der Art, wie sie in Unterseebooten verwendet werden, zu zerlegen verlangt. Die deutsche Regierung habe geltend gemacht, daß die Motore für landwirtschaftliche Zwecke umgebaut werden sollten. Der Völkervereinigung erwarte das Ergebnis einer ergänzenden Untersuchung der Marinekommission. Wahrscheinlich werde man von Deutschland Sicherheiten über die Verwendung der Motoren verlangen.

ftellung.
Calw
erlangen
im Bad. Hofe
ührung:
dtluft
tal-Nadelburg.
gegen 11 Uhr.
v. III. Platz und
elnertrag ist für
Kasse an einem
estimmt.
s Eintrittskarten
andlungen bis
7 Uhr an am
Der Ausschuß.
impfe
en Preislagen
Stunde
falsch,
Anzeigen-
Bare, da die
agen werden.
bringt einen
Bare mit sich,
l rascher sein
eshalb nicht
ntverlust auf
hr
en-Reklame
gem Grunde
men, sondern
sie durch Re-
ng haben, da-
können und
wandte
innen
ke Hirsau.
ent); 1 weiß-
Wach- und
Kleiderkasten,
tt, 1 eichenen
e, 1 eichenen
ffel.
enterrer Korb.
nd für B-ant-
Sofa; 1 Tisch;
ühle, Altertum;
fort zu verkauf.
Wirtschaft Walz.
pläne
bezirk
diejes Blattes
zu haben.

Eine Anfrage der Entente über die Vieh- Lieferungsmöglichkeit Deutschlands.

* Berlin, 9. Nov. Der Wiedergutmachungsausschuss hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund von § 2a des Anhangs IV zu Teil 8 Abschnitt I des Friedensvertrags angemeldeten Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Noch keine Verständigung über das Ausbeutungsverfahren.

Paris, 9. Nov. Die Blätter veröffentlichen eine Brüsseler Depesche, wonach die erste Zusammenkunft zwischen den alliierten und den deutschen Sachverständigen, die mit der Wiedergutmachungsfrage beauftragt sind, am 20. November in Brüssel stattfand. Die Nachricht ist zum mindesten verfrüht, da die endgültige Antwort der englischen Regierung auf die französische Note hinsichtlich des einzuschlagenden Verfahrens noch nicht in Paris eingetroffen ist.

Die England gefährlichen Kriegsmittel soll der Völkerbund verbieten.

London, 10. Nov. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte gestern im Unterhaus Bonar Law, die Frage der Verwendung von giftigen Gasen, U-Booten und Flugzeugen für die Kriegführung sei vom Kabinett erwogen worden; sie werde auch vom Völkerbund geprüft. Die Gefahr sei vorhanden, daß andere Nationen diese Mittel gebrauchten und England müsse sich deshalb darauf vorbereiten, sich entsprechend verteidigen zu können.

Die italienisch-jugoslawischen Einigungs- verhandlungen.

Rom, 9. Nov. Die Ag. Stefani meldet aus Santa Margherita, daß die italienischen und jugoslawischen Vertreter über die Grenze in den Julischen Alpen verhandelt hätten. Wie die „Tribuna“ erfährt, hat Kriegsminister Bonomi in den Verhandlungen mit den jugoslawischen Vertretern nachgewiesen, daß die von Italien geforderte Grenze keinen offensiven, sondern vielmehr defensiven Charakter habe. Venetisch und Trumbitsch führten aus, daß es im Interesse beider Länder liege, auf politischen und wirtschaftlichem Gebiet ein vollständiges Einverständnis herbeizuführen.

Ausland.

Schillerfeier in Wien.

(W.B.) Wien, 10. Okt. (Melbg. d. Kor.-B.) Die Schillerfeier wurde gestern abend durch einen imposanten Fackelzug eingeleitet, der sich unter Beteiligung von etwa 80 000 Personen an einer dichtgedrängten Menschenmenge vorbei von der Botenkirche zum Schillerdenkmal bewegte. Vor dem Denkmal gab der Obmann der Großdeutschen Partei, Rindl, unter allgemeinem Beifall der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn im nächsten Jahr das Geburtsfest Schillers wieder gefeiert werde, der Anschluß an Deutschland bereits vollzogen sein möge. Nach Abführung nationaler Lieder zerstreute sich die Menge.

Die Politik der Christlich-Sozialen in Desterreich.

Wien, 9. Nov. In einer gestrigen Versammlung erklärte Dr. Weisfischer, die Christlichsoziale Partei werde keine Koalition bieten, glaube aber, daß es möglich sein werde, in einer Arbeitsgemeinschaft mit den Deutsch-Nationalen die Geschäfte zu führen, was umso leichter der Fall sein werde, als sie ein wirtschaftliches Programm in den Vordergrund stellten. Schließlich trat Dr. Weisfischer für eine wirtschaftliche Vereinigung mit den Nachfolgestaaten ein. Die Politik der Christlichsozialen sei, gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten und auch zu dem christlichen Ungarn zu pflegen. — Aha! Der Draht via Paris-Rom funktioniert.

Ein böses Omen für die französische „Gloire“.

(W.B.) Paris, 9. Nov. Aus Anlaß der 50-Jahr-Feier der Republik hatte man auf dem Platz vor dem Rathaus einen Gipsabguß der Ruhmesstatue von Mercie aufgestellt, welche heute nachmittag einführte. Man glaubt nicht, daß man die nötige Zeit haben wird, um eine neue Statue zu errichten. — (Die Franzosen sind sehr abergläubisch, hoffentlich wird ihnen dadurch der Siegesrummel nicht beeinträchtigt.)

Die Gemeindevahlen in Italien.

Rom, 8. Nov. Die Blätter kommentieren die Ergebnisse der Gemeindevahlen und betonen die Bedeutung des Sieges der Konstitutionellen. Selbst in Mailand und Turin, wo die Sozialisten die Mehrheit hatten, beträgt diese nur einige hundert Stimmen, also in Städten, in denen sie so stark organisiert seien. In den anderen Großstädten sei die Niederlage der Sozialisten vollständig.

Florenz, 8. Nov. (Stefani.) Bei einer Freudenkundgebung über den Sieg der Konstitutionellen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Manifestanten und einigen sozialistischen Gruppen. Es sind zwei Tote und einige Verletzte zu beklagen.

(W.B.) Mailand, 9. Nov. Der „Avanti“ schätzt die Zahl der Gemeinden, in denen die Sozialisten einen Wahlsieg errangen, auf 2500. Nach den letzten Gemeindevahlen im Jahre 1914 gab es 300 sozialistische Gemeindeverwaltungen. — Der „C. della Sera“ stellt die Ergebnisse des „Avanti“ in Abrede und bemerkt, daß die Sozialisten von 6488 Gemeindeverwaltungen nur noch 1799 beherrschen. Die liberale Partei habe die Mehrheit in 3425 und die Kath. Volkspartei in 1274 Gemeindeverwaltungen inne.

Wie man in Amerika unliebsame Kandidaten erledigt.

(W.B.) Amsterdam, 10. Nov. Einer Blättermeldung aus New York zufolge hat Wilson ein Gesuch um Begnadigung des wegen Einverständnis (?) mit dem Feinde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß wenn

in diesem Fall Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermüdung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde. — (In Amerika denkt man dauernd an einen neuen Krieg.)

Die Ernährungsfragen.

* Berlin, 9. Nov. Der Hauptausschuss des Reichstags setzte heute seine Beratungen über den ordentlichen Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort. Minister Hermes gibt ausführlichen Bericht über seine Ernährungspolitik und geht dabei auf verschiedene vom Abg. Schmidt gestellte Fragen ein: Grundsatz der Politik ist, das Angebot an Lebensmitteln zu vermehren. Die Vermehrung des Angebots muß nach zwei Richtungen erfolgen: Steigerung der Produktion im Innern und nach außen Lockerung der Einfuhr. Die Zwangswirtschaft hat an sich eine produktionshemmende Tendenz gezeigt. Da sie zum guten Teil nur auf dem Papier stand, so war sie zu beseitigen, um den großen Vorteil der freien Wirtschaft zu bekommen. Die zentralisierte Einfuhr hat ebenso ihre Nachteile und ist darum, so weit als möglich, zu beseitigen. Auch hier hat das Reichsministerium schon einen Anfang gemacht, z. B. bei den Hülsenfrüchten und dem Koffkaka. Die Lockerung hat den Vorteil, das Risiko des Reiches zu vermindern und das Angebot zu steigern. Das hat sich beispielsweise bei Gemüse und Obst gezeigt. Der Minister geht dann auf die einzelnen Gebiete ein und gibt zunächst eine Uebersicht über den Stand der Getreideversorgung. An inländischem Getreide waren bis zum 8. November abgefertigt: in den Jahren 1918: 1 908 000, 1919: 1 032 645, 1920: 622 073 To. Dabei ist zu beachten, daß in dem Ablieferungsjahr 1918 Bayern und die besetzten Gebiete eingeschlossen sind. Wieder Getreide die selbst wirtschaftenden Kommunalverbände beschlagnahmt haben, kann nur geschätzt werden. Es werden etwa 1,2 Mill. To. sein. Das Bild, das die Getreideablieferung gibt, ist durchaus unerfreulich. Die Ablieferung in den letzten Wochen ist stark zurückgegangen. Die inländische Landwirtschaft muß ihrer Ablieferungspflicht stärker nachkommen. Wir werden kein Mittel unterzucht lassen, um das zu erreichen. Die einzelnen Landesregierungen sind in einem Rundschreiben aufgefordert worden, für eine stärkere Ablieferung einzutreten. In einer Neufassung der Reichsgetreideordnung sollen auch härtere Strafen eingeführt werden für Schwarzmahlen, vor allem aber für Verschleppungen ins Ausland.

Von dem Einfuhrprogramm von 2,5 Millionen Auslandsgetreide ausschließlich Streckungsmais sind heute bereits gekauft 902 000 To., so daß noch 1,6 Mill. To. im Ausland zu kaufen sind. Der Gesamtbestand der Reichsgetreidebestände beziffert sich nach der Bestandsaufnahme vom 30. Oktober auf 363 000 To. Die Kommunalverbände sind bis zum 15. November versorgt. Für die Zeit vom 16. November bis 15. Dezember sind bereits 100 000 To. überwiesen. Unter Zugrundelegung eines inländischen Tageseinkanges von 2000 To. und eines Tageseinkanges an Auslandsgetreide von 10 000 To. würde sich am 31. Dezember ein Bestand von 9500 To. ergeben.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Hauptausschusses des Reichstages wies Minister Hermes den Vorwurf zurück, daß die Freigabe der Dele zu schnell erfolgt sei. Die Verhältnisse, namentlich in Süddeutschland, hätten dazu gedrängt. Der Minister erörtert weiter die Frage der Fleischversorgung und gibt einen Uebersicht über die Bestände. Bezüglich des Zuckers könne er nur erklären, daß die Bewirtschaftung beibehalten werden müsse. Der Ertrag an Zuckerrüben sei gestiegen. Ausführlicher behandelt der Minister die Frage der Düngemittel. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß wir große Lager hätten, daß aber die Acker leer seien. Eine einfache Verbilligung sei nicht möglich, weil keine Gegenleistung vorhanden sei. Man müsse beim Stickstoff einen ähnlichen Weg in Aussicht nehmen wie beim Kali, und die Gewinne der Ausfuhr für eine Verbilligung im Innern benutzen. Man müsse auch die Möglichkeit eines anderen Verteilungsmodus und gegebenenfalls eine stärkere Heranziehung des Handels ins Auge fassen.

Des weiteren behandelte Ernährungsminister Hermes die Frage des Grenzschmuggels. Der Reichsregierung sei bekannt, daß an der holländischen Grenze ein lebhafter Schmuggel stattfinde. Es stünden Vandalen an der holländischen Grenze, die zum Teil mit Waffengewalt auftreten. Die Rheinlandkommission hat sich deshalb mit der Bewaffnung von 75 Mann mit Karabinern und Revolvern einverstanden erklärt, die die eigentlichen mit der Grenzkontrolle beauftragten Organe unterstützen. Ware, die ohne Einfuhrbewilligung eingeführt wird, wird ohne Entschädigung für verfallen erklärt. Vom Reichsministerium seien verschärfte Strafbestimmungen für unerlaubte Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände geplant.

Die Devisenbeschaffungstelle sei nicht umgangen oder ausgeschaltet worden. Alle laufenden Angelegenheiten der Reichsstellen werden mit der Devisenbeschaffungstelle besprochen. Diese wurde auf das genaueste über den Devisenbedarf für Ernährungszwecke unterrichtet. Eine Einfuhrbewilligung für Schokolade wurde grundsätzlich nicht erteilt, da die Einfuhr von Kakaoerbsen freigegeben sei und im Interesse der Schonung unserer Kaufkraft und der Beschäftigungsmöglichkeit unserer Industrie die Einfuhr von Fertigfabrikaten unterbunden werden muß.

Dr. Fleischer (Zentrum): Das Bild der Ablieferung sei besorgniserregend. Zwangsmaßnahmen seien zu billigen, aber man müsse auch den Kohlenmangel berücksichtigen. In Ostpreußen sei teilweise das Getreide vom vorigen Jahr noch nicht ausgedroschen. Die Betätigung des Margarineverbandes bedeute die Gefahr eines neuen Monopols, denn nur diejenigen Firmen können Margarine fabrizieren, die dem Margarine-Verband angehören. Ueber die Erteilung der Konzession entscheidet der Margarine-Verband, hinter dem ausländisches Kapital stehe.

Dr. Böhm (D. d. P.): Da keine Möglichkeit bestehe, bei der augenblicklichen Finanzmisere Fleisch und Brot dauernd ein-

zuführen, müsse die heimische Landwirtschaft gestärkt werden. Allerdings sei die Arbeitsleistung bei der jetzigen Kürze der Arbeitszeit eine zu geringe.

Dr. Koeslde (Deutschnat.) findet die geringe Ablieferung durch die schlechte Ernte besonders im Osten begründet. Die Zwangswirtschaft sei durch Strafen nicht aufrecht zu erhalten. Die Getreidebewirtschaftung stehe leider ebenfalls vor dem Zusammenbruch. Es wäre auch für die Landwirtschaft eine große Gefahr, wenn wir uns den Weltmarktpreisen näherten. Es müsse ein Einfuhrmonopol für das Reich geschaffen werden, um den Preis im Inland einigermaßen regulieren zu können. Redner wendet sich dann gegen eine etwaige Ausfuhr von Stickstoff, solange der Inlandsbedarf nicht sichergestellt sei.

Abg. Hoch (Soz.) erklärt sich mit dem Verfahren bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht einverstanden. Der werde auf die Konsumenten geschlagen. Durch den freien Handel werde alles verteuert. Man solle zur Verbilligung der Produktionskosten die Herstellung der künstlichen Düngemittel unter staatliche Kontrolle stellen. Die Freigabe des Zuckers würde bedeuten, daß der arme Mann überhaupt nicht mehr Zucker essen könne.

Der Ernteausfall in Preußen.

Berlin, 9. Nov. (Draht. W.-B.) Die Statistische Korrespondenz gibt die Vorschätzungen des bisherigen Ernteergebnisses für Preußen bekannt. Darnach wurden gemittelt in Tonnen: Winterweizen: 1 061 407 gegen 1 094 022 im Jahre 1919 und 1 186 288 im Jahre 1918; Sommerweizen: 299 721 gegen 187 474 bzw. 140 216; Winterroggen: 3 836 418 gegen 4 724 489 bzw. 4 864 037; Sommerroggen: 71 918 gegen 54 032 bzw. 45 856; Wintergerste: 137 668 gegen 150 921 bzw. 116 766.

Ein französischer Gewerkschaftsführer über die furchtbaren Ernährungszustände im Ruhrgebiet.

Paris, 9. Nov. Nach der „Bataille“ hat Jouhaux in der gestrigen Sitzung des Nationalrats der C. G. T. über die Ergebnisse der im Ruhrgebiet von den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale veranstalteten Enquete mitgeteilt, daß die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebiets bellagenswert seien. Er habe sich von dem elenden Zustand der Kinder überzeugt. Die gesamte jüngere Generation sei unterernährt. Es fehle ihr an den notwendigen Gegenständen, namentlich aber an Milch. Jouhaux sagte, es sei die Pflicht der internationalen Gewerkschaften, auf Sicherstellung ausreichender Ernährung der Genossen im Ruhrgebiet zu dringen. Der Nationalrat schlug schließlich eine Resolution vor, die gegen die eventuelle Befehung des Ruhrgebiets protestiert und in der die elende Lage der Bevölkerung, namentlich aber die unter den Jugendlichen herrschenden Krankheiten geschildert werden. Heute soll über die Resolution abgestimmt werden.

Deutschland.

Der Gesetzentwurf über die Vornahme einer beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers.

Berlin, 8. Nov. Der dem Reichsrat zugegangene neue Gesetzentwurf über eine beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers sieht, wie wir erfahren, folgende Regelung vor: Das Reichsnotopfer soll, soweit es zehn vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens nicht überschreitet, mindestens aber bis zu einem Drittel der Abgabe in zwei gleichen Teilzahlungen am 1. Februar und 1. August 1921 entrichtet werden. In besonderen Fällen, wenn durch die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers die Gefahr der Einstellung des Betriebes oder der Beeinträchtigung des Unterhalts der Familien besteht, trifft das Gesetz besondere Erleichterungen, die dann eintreten sollen, wenn die Gründe glaubhaft gemacht werden. Insofern der Entwurf Gesetz wird, d. h. soweit er die Zustimmung des Reichsrats und des Reichsministeriums erhalten hat, ist damit zu rechnen, daß die Veranlagung in allen Bezirken noch bis zum Ende des Jahres erfolgt sein wird. Der leitende Gesichtspunkt bei der Anwendung des Gesetzentwurfs ist der, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Reichskasse möglichst bald in verstärktem Maße weitere Steuereinnahmen zufließen. Man betrachtet die Verhältnisse zur Einziehung der Reichsnotopferbeträge als sehr günstig, da sie wesentlich anders liegen als seinerzeit 1919. Man rechnet mit dem Vorhandensein eines erheblichen Ueberschusseskapitals bei den einzelnen Abgabepflichtigen. Eine Schätzung der Höhe der aufkommenden Beträge begegneten außerordentlichen Schwierigkeiten, da eine Vermögensstatistik nicht zur Verfügung steht und auch die Wehrbeitragstatistik wegen der gänzlich veränderten Verhältnisse eine nur unzulängliche Unterlage gibt.

Unveränderte Lage im Berliner Elektrizitäts- arbeiterstreik.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Die Verhandlungen zwischen der Direktion der städt. Elektrizitätswerke und der Streikleitung, sowie den Organisationsvertretern sind heute abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert.

Fortdauer des Schiffsstreiks in Nordwestdeutschland.

* Berlin, 9. Nov. Einer Meldung des „B. L.-A.“ aus Eilen zufolge dauert der Schiffsstreik auf den nordwestdeutschen Kanälen unverändert an. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und ebenso weitere Verhandlungen über die strittigen Tariffragen. Die Fortdauer des Streiks ist für die Ueberlandzentrale in Oldenburg und für die Entladung der Lebensmittel in den verschiedenen Häfen von großer Bedeutung.

Ein furchtbares Gesändnis.

* Berlin, 9. Nov. Wie die Morgenblätter aus Halle melden, legte der 68jährige Invalide Schimmeger aus Aschersleben auf dem Sterbebett das Gesändnis ab, beim Wiltbern dreier Forstbeamte erschossen zu haben. Die Verbrechen konnten seinerzeit nicht aufgeklärt werden.

Der
Kaffel,
do V
Genera
tember
ihre U

Am
tors D
des B
do V
bergr
wichtig
allein a
in jeder
und da
immer
sollen i
plan fü

Zun
werden
lagepl
näher b
Grundf
gräbnis
die als
gleich f
Steinbr
zur Gef
der Bef
Gemüse
fibers b
Anbau
verwend
Umlage
gechnis
Würt.
Bermitt

In
Maul-
gedehnt
hösten i
Gemein
Rückgan
meinden
feuchten
am stär
Kreife i
Pferber
in insge

(S)
einen G
Heilbron
sind zw
eine bei
Stadt z
Markun
nur im
Kubikm
so nicht
damn e
in den V
frei gem
Kanal.
oberhalb
gebaut
Krautwe
Laufen
Heilbron
leiden.
auf 21
mindeste
den bei
Mittel z
betrieb
nalbau
ist prob

Wen
(S)
Kenzler
Radolfz
Friedrich
sie mit e
zur Frei
drohte, d
zosen wi

Siehe
weibend f
Bauinspe
rung vor
Fuhrwerk
zuwender
gebracht.
migt. —
Maier de

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. November 1920.

Befichtigung der Reichswehr.

Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos II Kassel, Generalleutnant v. Hülsen, dem das Bezirkskommando V Stuttgart unterstellt ist, wird in Begleitung dreier Generalstabsoffiziere vom 9. bis 24. November die in Württemberg und Baden untergebrachten Teile der Reichswehr und ihre Unterkünfte besichtigen.

Vom Landesgesundheitsrat.

Am Donnerstag trat unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Bechtel im Landesgesundheitsrat die Abteilung VII des Landesgesundheitsrats mit der Tagesordnung: „Welche Maßnahmen sind zur Bekämpfung der Tuberkulose in Württemberg zu ergreifen?“ zu einer ersten Sitzung zusammen. Als wichtigstes Ergebnis der mehrstündigen Beratungen — es kamen allein acht Referenten zum Wort — kann bezeichnet werden, daß in jedem Oberamtsbezirk eine Tuberkulosefürsorge geschaffen und daß die Aufklärung über die mörderische Volksseuche in immer weitere Kreise getragen werden solle. Die nötigen Mittel sollen vom Landtag in einem Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 gefordert werden.

Landwirtschaftskammer-Umlage.

Zum Vollzug des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer werden in einer Verfügung des Ernährungsministeriums die Umlagepflichtigen und die von der Umlage befreiten Grundstücke näher bestimmt. Von der Umlage freizulassen sind die von der Grundsteuer befreiten Grundflächen wie Wege, Marktplätze, Begräbnisplätze usw., die zum Betrieb von Verkehrsanstalten sowie die als Arbeitsplätze benützten Grundflächen, soweit sie nicht zugleich für landwirtschaftliche Zwecke benutzt werden, außerdem Steinbrüche, Sand-, Kies-, Ton- und Erzgruben, soweit sie nicht zur Gewinnung von Dünger ausgebeutet werden. Auf Antrag der Besitzer können von der Umlage befreit werden Blumen- und Gemüsegärten, die nur für den Bedarf der Haushaltung des Besitzers benutzt werden, ferner Hausgärten, deren Fläche nicht zum Anbau von Garten- oder Feldgewächsen noch zur Holznutzung verwendet wird. Die Gemeindebehörden hat über die von der Umlage befreiten Grundstücke und deren Steuerkapitale ein Verzeichnis anzulegen. Auf 1. Juli müssen die Gemeinden der Württ. Landwirtschaftskammer die Katasternachweisungen durch Vermittlung der Oberämter vorlegen.

Seuchenstand in Württemberg.

In der zweiten Hälfte des Monats Oktober hat sich die Maul- und Klauenseuche über weitere 115 Gemeinden neu ausgebreitet, so daß insgesamt 969 Gemeinden mit 2029 Gehöften im Lande verseucht sind. Am 15. Oktober waren es 1091 Gemeinden mit 1973 Gehöften. Daraus ergibt sich, daß ein Rückgang der Seuche zu verzeichnen ist in Bezug auf die Gemeinden, daß aber das Auftreten der Seuche innerhalb der verseuchten Bezirke immer noch an Ausdehnung gewinnt. Weit aus am stärksten betroffen ist der Donautalraum, während die übrigen Kreise kaum halb so stark in Mitleidenhaft gezogen sind. Die Pferdeerde ist in 11 Gemeinden neu aufgetreten und herrscht in insgesamt 42 Gemeinden.

Der Neckarkanalbau.

(S. B.) Heilbronn, 7. Nov. Die „Neckarzeitung“ schildert einen Gang an den Neckarkanal, wie er vom Kanalbauamt in Heilbronn jetzt in Angriff genommen ist. Im Bau begriffen sind zwei Teilstrecken nach den Plänen des Regierungsprojekts, eine bei Horkheim und eine bei Kochendorf, sowie der von der Stadt zu errichtende große Industrieflughafen an der Neckarflüßler Markungsgrenze. Überall werden ausschließlich Erwerbslose, nur im Handbetrieb, beschäftigt, wodurch sich der Anstaus eines Kubikmeters Erde auf 25,50 M. stellt. An dem für Neckarflüßler so wichtigen Stück Neckarkanal ist bereits ein großer Hochwasserdamm entstanden. Die Sulm wird oberhalb der Fahrzeugwerke in den Neckar geleitet und das ganze Industriegelände hochwasserfrei gemacht. Hinter Horkheim erblickt man bereits ein Stück Kanal. Dorthin kommt auch eine Staustufe, dessen Staumwehr oberhalb von Nordheim und dessen beide Schleusen bei Horkheim gebaut werden. Hier werden 4470 Pferdekraft und an den Kraftwerken der Staustufe Kochendorf 3840 sowie der Staustufe Laufen 5620 Pferdekraft zu gewinnen sein, ohne daß die in Heilbronn bestehenden, aus dem Neckar gespeisten Werke leiden. Nach Friedenspreisen kämen die drei Werke zusammen auf 21 Millionen Mark, bei den heutigen Preisen stellen sie sich mindestens auf das Dreifache. Laufende von Erwerbslosen finden bei dem Bau ihr Brot, aber es müssen noch wesentlich höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden; auch wird man zum Großbetrieb mit Baggermaschinen übergehen müssen, damit der Kanalbau neben der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ auch wirklich produktiv wird.

Werber für die französische Fremdenlegion.

(S. B.) Vom Bodensee, 8. Nov. Der 15jährige Realschüler Kenzler wurde von einem 28jährigen Mann auf dem Bahnhof Radolfzell angesprochen und zu einer Fahrt nach Konstanz-Friedrichshafen und bis nach Stuttgart verleitet. Dort trafen sie mit einem zweiten Franzosen zusammen, die den jungen Mann zur Fremdenlegion anzuwerben versuchten. Als Kenzler aber drohte, die Hilfe der Polizei anzurufen, sandten ihn die Franzosen wieder nach Radolfzell zurück.

Liebenzell. (Sitzung des Gemeinderats.) Anwesend sind 12 Mitglieder. Gegen den Vorschlag der Eisenbahn-Bauinspektion, den Bahnübergang beim Oberen Bad zur Ersparrung von Wärterkosten in den Abend- und Morgenstunden für Fuhrwerke geschlossen zu halten, hat der Gemeinderat nichts einzuwenden. Für den Fußgängerverkehr wird ein Dreieck angebracht. — Der abgeschlossene Holzhauevertrag wird genehmigt. — Als städt. Straßenwart wird für den pens. Straßenwart Maier der Tagelöhner Friedrich Pfommer mit 10 Stimmen ge-

wählt. — Der mit der Turnerschaft, einschließlich der Fußballabteilung, abgeschlossene Spielplatzvertrag wird genehmigt. Durch den Bezug von Sonnenwirt Hartmann konnte die Gemeinde eine Wiese von 62 Ar für nur 16 500 M. einschließlich der Kosten erwerben. Hierdurch wurde es möglich, von dem an den Farrenhalter verpachteten Grundstück beim Jägerweg einen Teil im Maßgehalt von gegen 70 Ar als Spielplatz zur Verfügung zu stellen, da ein solcher Platz schon längst ein Bedürfnis war. Für Benützung des Platzes bezahlte erwähnter Verein ein jährliches Pachtgeld von 600 M., während die fehlenden 200 M. zur Deckung des Interesses von der Gemeinde zu tragen sind, da die Schulklassen den Platz auch als Spielplatz benötigen. — Die Frage der Errichtung eines Krieger-Ehrenmals verurteilte eine längere Aussprache. Der hohen Kosten wegen wird man wohl von einem für alle Kriegsteilnehmer bestimmten Denkmal absehen und in erster Linie ein Ehrenmal für die 52 Gefallenen der Gemeinde in Aussicht nehmen müssen. Doch sollen die in Frage kommenden Vereine noch darüber gehört werden. Es wurde deshalb auch die Platzfrage — ob im Friedhof vor dem Hauptportal der Kirche oder innerhalb der Stadt — noch offen gelassen. Nach der Verteilung des zur Zeit zur Verfügung stehenden Geldes kommen dem örtlichen Hilfsfonds zur Unterstützung bedürftiger Krieger und Hinterbliebenen 5000 M., dem Ehrenmalfonds, dem durch die nicht erhobenen Quartierentschädigungen 2644 M. zugeführt werden konnten, 6300 M. zu.

Bad Liebenzell, 8. Nov. Der Schwarzwaldbesitzverein in Liebenzell veranstaltete gestern abend einen gelungenen Familienabend im Gasthof zum „Hirsch“. Der Abend wurde nach der Begrüßung durch den neuen Vorstand, Herrn Privatier Haager, mit einem vierhändigen Marsch von Schubert, gespielt von den Fräulein Maria und Martha Haug-Unterhaugstett, eröffnet. Als Meister auf der Violine zeigte sich Hauptlehrer Haug-Unterhaugstett. Fräulein Frida Deller sang mit feiner, gut geschulter Stimme einige Lieder. Kabinettmeister Wosserl von hier und Fräulein Wosserl aus Forzheim erfreuten die Anwesenden mit sicher und gefühlvoll gespielten Zithervorträgen. Die Herren Bauer und Weiser (aus Calw gebürtig), Schulz, Beck und Mork, sowie Fräulein Haug trugen durch humoristische Vorträge, z. B. in schwäbischer, elsässischer und pfälzischer Mundart, zur Unterhaltung bei. In hübscher Aufmachung befand sich in der Mitte des Saals ein reichgebederter Gabentisch und mancher Besucher wurde bei der Verlosung noch durch eine wertvolle Gabe erfreut. Einen wirklich schönen, genussreichen Abend verlebte zu haben, war die Ansicht aller Anwesenden. Dank gebührt allen denen, die zum Gelingen des Abends beigetragen, den Spendern, ganz besonders aber dem rührigen Vorstand.

Es ist vollständig falsch.

wenn Sie der Ansicht sind, Anzeigen-Reklame verteuere die Ware, da die Kosten auf die Ware geschlagen werden.

Im Gegenteil

die Anzeigen-Reklame bringt einen schnelleren Vertrieb der Ware mit sich, sodaß der Kaufmann viel rascher sein Geld wieder erhält und deshalb nicht gezwungen ist, einen Zinsverlust auf seine Ware zu schlagen.

Richtig ist vielmehr

daß Geschäfte, die Anzeigen-Reklame machen, nicht allein aus obigem Grunde viel billiger verkaufen können, sondern auch deshalb weil sie durch Reklame einen größeren Umsatz haben, dadurch im Großen einkaufen können und somit günstiger.

Möttingen, 8. Nov. Durch Ministerial-Entscheidung vom 12. 7. 1920 ist das Feuerwehr-Dienst-Ehrenzeichen acht Mitgliedern der hiesigen Feuerwehr für langjährige treue Dienste verliehen worden. Ihre Namen sind: Christof Laugmann, Christian Gäde, Christof Gäde, Adolf Gäde, Christof Fischer, Christof Graze, Karl Mayer, Johannes Wölle. Anlässlich der am 7. November stattgefundenen Feuerwehr-Übung wurde den Genannten das Dienst-Ehrenzeichen nebst Verleihungs-Urkunde vom Ortsvorsteher überreicht.

(S. B.) Sussenhausen, 7. Nov. Die Stadtgemeinde hat ihren im Spitalwald gelegenen 30 Morgen großen Grundbesitz an eine Berliner Firma veräußert. Außerdem hat diese Firma von Privatbesitzern noch weitere 10 Morgen erworben. Auf diesem Besitz will die Firma Metzger u. Cie., Weinwaggon-Verleihanstalt, umfangreiche Gleisbauten zum Abstellen von Eisenbahnwagen, sowie eine Reparaturwerkstätte für ihre eigenen Wagen errichten.

(S. B.) Stuttgart, 8. Nov. Um die Brennstoffversorgung der Bevölkerung nach Möglichkeit zu verbessern, wird, einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend, mit Genehmigung der technischen Abteilung des Gemeinderats die jeder Haushaltung auf Bezugschein zustehende Holzmenge um 10 Zentner erhöht.

(S. B.) Oberndorf, 9. Nov. Das Oberamt hat gegen 152 Landwirte in 10 Gemeinden des Oberamts, die ihrer Milchlieferungspflicht nur in ganz geringem Umfang oder gar nicht nachkamen, Strafen verhängt. Für die Zukunft wird den Säugenden Haftstrafe angedroht.

(S. B.) Neuffingen, 7. Nov. In einer großen Mieterversammlung sprach Oberregierungsrat Krauß über Mieterschutz, Mietergesetz und Mietssteuer, Polizeiamtmannt Felger über Wohnungsrationierung. Einstimmig wurden Resolutionen angenommen, worin die restlose und rasche Erfassung der vorhandenen Wohnräume, die Ueberweisung sämtlicher Räumungsklagen an die Miteinigungsämter, die schleunige Einrichtung eines Mietvertrages und die Ablehnung der Angliederung der Mietsleistungsämter an die ordentlichen Gerichte sowie eines Berufungsrechtes gefordert wird. Für notwendig erklärt wird ferner die baldige Verabschiedung der Reichsmietgesetzes, sowie eine angemessene Vertretung der Mieterschaft in dem künftigen, endgültigen Reichswirtschaftsrat.

(S. B.) Von der bayer. Grenze, 8. Nov. Eine Riesenschäfergesellschaft, die in den Dörfern an der bayerisch-württ. Grenze bei Nördlingen und Dinkelsbühl Rinder, Kühe und Schweine massenhaft zusammenkaufte, wurde aufgedeckt und eine große Anzahl von Beteiligten, Unterhändler und Landwirte verhaftet; die Tiere wurden bei einem angesehenen Bauern in Unterobach geschlachtet und von dort das Fleisch nach Nürzburg und weiter transportiert. Bei Hausdurchsuchungen wurden größere Geldbeträge, sowie Verzeichnisse der Abnehmer und Lieferanten gefunden.

Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Die Nebelbildung nimmt infolge leichter Störungen trotz des noch immer hohen Luftdrucks zu. Am Donnerstag und Freitag ist zwar in der Hauptsache trockenes, aber strichweise mit Niederschlägen verbundenen Wetter zu erwarten.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die präzise Verantwortlichkeit. Die Frage des Unterrichts in der Gewerbeschule.

Die im Rathausbericht des „Calwer Tagblatts“ vom 6. ds. wiedergegebene Unterhaltung über Gewerbeschulangelegenheiten in der Gemeinderatsitzung vom 4. Novbr. nötigt mich zu folgender Erwiderung. Was bezweckt wohl der „aus der Mitte des Gemeinderats heraus“, wiederholt wohl von der gleichen Seite gemachte Versuch, mir oder meiner Schulleitung vor der Öffentlichkeit durch Vermittlung des Rathausberichts wie durch eine parlamentarische Fensterrede ohne sichtlich Grund etwas Unangenehmes zu sagen? Es kann doch sicher vom Interpellanten nicht gewollt sein, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob auf dem neutralen Boden der Schule bei sich findenden Gelegenheitsverhandlungen, vielleicht auf abliegenden Gebieten entstandene Gefühlsdifferenzen ihren Austrag finden sollen. Dagegen müßte ich als Schulvorstand energig Stellung nehmen und auch als Bürger Calws unter Zustimmung anderer Mitbürger erklären, daß für eine derartig gewollte Geschäftsbehandlung kein Verständnis bei den Gemeinderatsmitgliedern zu finden sein wird. Aber da es sich ja sicher nur um eine von mir sonst gerne gesehene Anteilnahme an unserem Schulleben, deren eben hier eigenartige Ausdrucksverleihung zu Mißverständnissen führen kann, handelt, so erkläre ich dem Interpellanten zu seiner Beruhigung und auch den Rathausberichtslesern zur Selbstbeurteilungsmöglichkeit gerne, daß ich nicht an 2 Wochentagen in Nagold tätig war, sondern nur an einem, daß aber deswegen in Calw keine Wochenüberstunden bezahlt werden mußten, was gewiß auch, obgleich der Bericht nichts darüber sagte, von dem in der Rathaus-Sitzung anwesenden Vorsitzenden in unserem Schulkollegium pflichtgemäß widerlegt worden sein muß, und daß die Schwierigkeiten der Lokalverhältnisse in Calw eine derartige Unterrichts-anordnung nötig machen, daß für den Tag meiner bisherigen Abwesenheit das einzig zur Verfügung stehende Schullokal für den Unterricht des 2. Gewerbelehrers frei gehalten werden muß, ich selber aber dafür an den anderen Tagen um so stärker belastet werde. Die aus dem Bericht herauszulesende Andeutung einer Schädigung der Stadt durch mich müßte, wenn der Bericht der darüber geführten Unterhaltung entspricht, als eine leichtfertige Anschuldigung schärfstens zurückgewiesen werden. Aber gerne will ich annehmen, daß hier unglückliche Mißverständnisse obwalten und daß die zu erwartende Erklärung diese Annahme rechtfertigen.

Auch ist dem örtlichen Gewerbeschulrat über meine in freundschaftlicher Betätigung geführte Ausübung der Neugründung einer Handels-Abt. in Nagold, nicht weil im gegebenen Falle dies eine gesetzliche Bestimmung zwingend machte, sondern weil die Erörterung über die Anstellung eines für Calw und Nagold gemeinsamen Handelslehrers dies begründend und erklärend anschließen ließ, durch Zuschrift vom 7. Mai unter Nr. 2088 vom Gewerbe-Schulrat Mitteilung gemacht worden, woran ich übrigens im Ortsgewerbeschulrat gelegentlich einer kollegialen Aussprache, wobei auch Herr G.N. Waeckle anwesend war, besonders erinnert habe.

Zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse würde es sich im Interesse einer einträchtigen Zusammenarbeit empfehlen, zu Beratungen über Gewerbeschulangelegenheiten bei herrschenden Unklarheiten jeweils den Schulvorstand einzuladen.

Gew.-Schulrat W. Binger.

* Wie uns mitgeteilt wurde, liegt bei unserer Richterstattung über die obige Frage ein Mißverständnis vor, das darauf zurückzuführen ist, daß Gewerbeschulrat Binger allerdings nur am Freitag in Nagold beschäftigt ist, aber am Samstag auch keinen Unterricht in Calw gibt. Grundfänglich müssen wir jedoch betonen, daß in solchen Fällen die Richterstattung großen Schwierigkeiten gegenübersteht, weil die Erklärungen meistens unter Voraussetzung der Kenntnis der einschlägigen Fragen gemacht werden, was mindestens für den Berichterstatter in den seltensten Fällen zutrifft, wodurch Verwechslungen unvermeidlich sind.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hülshager'schen Buchdruckerei, Calw.

gestärkt werden. Mä-

geringe Abkieserung n begründet. Die aufrecht zu erhalten. Infalls vor dem Zurückführung eine große näherten. Es müsse en werden, um den r können. Redner r von Stickstoff, so-

Verfahren bei der unterstanden. Alles h den freien Handel ligung der Produk- gemittel unter staat- ers würde bedeuten, ucker essen könne.

Lußen.

Statistische Kor- isherigen Ernte- Darnach wurden ge- gegen 1 094 022 im 3; Sommerweizen: rroggen: 3 836 448 ggen: 71 918 geernt- egen 150 921 bezw.

hrer über die

m Ruhegebiet. at Fouhaug in der T. über die Ergeb- der Gewerkschafts- g des Ruhegebiets enden Zustand der eration sei unter- Gegenständen, na- sei die Pflicht der lung ausreichender ingen. Der Actio- die gegen die ewen- b in der die elende unter den Jugend- werden. Heute soll

nahme einer

Reichsnotopfers. egangene neue Ge- ung des Reichsnot- egelung vor: Das rt des abgabepflich- s aber bis zu einem igen am 1. Februar, besondern Fällen, des Reichsnotopfers r der Beeinträchti- ifft das Gesetz be- sollen, wenn die der Entwurf Gesetz Reichsrats und des i rechnen, daß die Eade des Jahres kt bei der Anwen- Mitteln dafür zu verstärktem Maße betrachtet die Ver- träge als sehr gün- erzeit 1919. Man lichen Uebersehüß- Eine Schätzung rehen außerordent- ist nicht zur Ver- wegen der gänzlich e Unterlage gibt.

Elektrizitäts-

ungen zwischen der der Streikleitung, abend abgebrochen 10 Uhr fortgesetzt.

Reis

D. „B. L. A.“ aus uf den nordwest- Arbeitgeber haben s abgelehnt und igen Tarifforderungen. erlandzentrale in mensmittel in den

nis.

aus Halle melden, aus Wärscherleben m Wärscherleben drei Verbrechen tonn-

Stadtgemeinde Calw.
 Zur regelmäßigen Erledigung von
Fragen in Wohnungsangelegenheiten
 ist Mietern, Vermietern und Wohnungsuchenden
jeden Freitag Nachmittag von 4-6 Uhr
auf dem Rathaus Zimmer Nr. 11.
 Gelegenheit zur Auskunft durch die Wohnungskommission
 gegeben. Ausnahmen sind nur in dringenden Fällen zugelassen.
 Calw, den 6. November 1920.
 Stadtschultheißenamt: G. H. n. r.

Amtsgericht Calw.
 Die Reihenfolge, in der die für das Jahr 1921
 gewählten Schöffen
 an den ordentlichen Sitzungstagen Dienst zu leisten haben,
 wird durch Auslosung in öffentlicher Sitzung des Amts-
 gerichts am
Freitag, den 19. November ds. Js., vormittags 11 Uhr
 bestimmt werden.
 Den 9. November 1920. Hölzer, Landgerichtsrat.

Gutes Juteleinen
 für Säcke, Grastücher,
 Viehdecken und dergl.,
 ebenso f. Sattlerzwecke
 gut geeignet, empfiehlt
 P. Räuichle, vorm. J. Stendle, Calw am Markt.

Fahrnis-Versteigerung.
 Unterzeichnete verkauft am Freitag, 12. November,
 nachmittags 2 Uhr, im Hause des Schreiner Schäfer in
 der Vorstadt, gegen Barzahlung:
 1 Kommode, 1 Tisch, 1 Bettlade mit Kopf,
 1 älterer Kasten, Sessel und Stühle,
 1 Nachttischle, 1 Aufsatz auf 1 Kommode
 mit Fenster, Leinwand, Küchengerät,
 1 Nähmaschine mit Hand- und Fußbetrieb,
 1 Filet- und Knüpfapparat sowie all-
 gemeinen Hausrat.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtinventierer Kofb.

Decken Sie
Ihren Weihnachtsbedarf frühzeitig!
 Ein gutes Buch, ein schönes Bild
 sind immer gediegene Geschenkwerke.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
 Buchhandlung Häußler
 an der Brücke.

„Radikal“
 mit Pa'ronenladung für jeden B trieb geeignet, auch erfolg-
 reich bei schwer zu löschenden Bränden — Benzin-Type —
 ist nach Gutachten von ersten Fachleuten der vollkommenste
 und zuverlässigste
Handfeuerlöscher,
 der sich in Ernstfällen massenhaft glänzend bewährte. —
 Prospekte, At este kostenlos.
Wilhelm Karr,
 „Radikal“-Apparate-Bauanstalt, Stuttgart.

Kinderlose Familie
 sucht
 14-16 jähriges
Mä d c h e n
 vom Lande in kleineren land-
 wirtschaftlichen Betrieb. Ein-
 tritt nach Uebereinkunft.
 Wer? sagt die Geschäftst.
 ds. Bl. u. das Arbeitsamt.

Zum Verkauf bester Fa-
 bricate (Bedarfsartikel) leistungsfähiger Firma tüchtigen
Vertreter
 mit guten Referenzen gesucht.
 Vertrieb auf eigene Rechnung. Nur geringes Kapital
 erforderlich. Hohe Einnahmen.
 Angebote unter U. R. 263
 an die Geschäftst. ds. Bl.

**Damen- und Herren-
 Filz-
 Velour-
 usw. Hüte usw.**
 fassoniert
 tadello wie neu
 Fr. Dann, Pforzheim,
 Lorenzstr. 12.

Landwirte!
 Zur Bekämpfung von
 Krankheiten d. Schweine
 spec. Krampf u. Rotlauf,
 z. Auszucht u. Erhaltung
 eines gesunden Tier-
 bestandes gebraucht
 einzig und allein die tüchte
**Hirsch-Universal-
 Komposition.**
 Niederlage in der
 Neuen Apotheke
 Calw.

Körper und Nerven
 stärken Sie
 durch den regelmäßigen Gebrauch
 von
Dr. Detker's Eiweiß-Nahrung
Kräft
 Herzlich empfohlen.
 Verlangen Sie Gratisprobe
 und Prospekt in den Apotheken
 und Drogerien.



Neue Fahrpläne
 für den Oberamtsbezirk
 sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes
 das Stück zu 50 Pfg. zu haben.
 Leinene, wollene, sowie prima wasserdichte
Pferdedecken
 aus gelbem Makkosegetuch, empfiehlt
D. Weißer, Sattlerei, Guldes Nachs.,
 Kronengasse.

Gesucht zum sofortigen Eintritt in
 ein Büro in Calw
jüngerer Herr oder Fräulein
 sehr gewandt im Maschinenschreiben,
 Stenographie und Rechtschreibung.
 Angebote unter C. B. 263 an die Geschäftsstelle des
 Blattes.

Felle
 für Leder wie Pelzfabrikation kauft
 zu d. allerhöchsten Tagespreisen an
Erich Maischhofer,
 moderne Tierausstopperei,
 Lindenstr. 52. Pforzheim Teleph. 1501.

Althengstett.
 Eine schwere, gutgewöhnte

Ralbin
 steht dem Verkauf aus
 Christian Weiß,
 b. Rathaus.

Holzbronn.
 Eine ältere

**Milch-
 Kuh**
 steht dem Verkauf aus
 Koller, Kirchenpfleger.

Pferde-Verkauf.
 Verkauft am Freitag
 mittag von 1 Uhr ab im
 Hiesig einen 5 1/2 Jahr alten

Rappwallachen
 (Herr und Bauer) mit jeder
 Garantie.
 Gottlieb Bauer,
 Schafhalter, Althengstett.

Statt Karten.
Karl Sigmund,
 Bezirksgeometer
Gertrud Sigmund,
 geb. Mann
 Vermählte
 Calw Reutlingen
 4. November 1920.

Soeben ist eingetroffen:
 Guter blau-weißer
Bettbarchent
 in schmal und breit.
 Paul Räuichle, vorm. J. Stendle,
 Calw am Markt.

Wilhelm Kistler, Sindelfingen
 Kupferschmiederei, Kesselschmiede, Apparatebauanst.
Anfertigung v. Kupferarbeiten
 jeder Art.
 Spezialität: Dampf-, Wasserbad
 und einfache Brennerien
 in vollendeter Ausführung,
 bei billigster Berechnung.

EUG. WILDBRETT
 Homöopath u. Naturheilpraktiker
BAD LIEBENZELL
 Schill- rplatz 76, Fernruf 29
 Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und
 Massage. Augendiagnose. Urinuntersuchung
 Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen
 Zwanzigjährige Pr. xis
 Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5
 Uhr nachmittags. Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

Kaufe jedes Quantum
Heu und Stroh
 zu den höchsten Preisen.
Bestellungen
 nimmt entgegen
 Harsch, z. Schiff, Calw.

New-York Herald Zigaretten von 20 bis 50 Pfg. per Stück.
 New-York Herald Company m. b. H., Zigarettenfabrik, Stuttgart.

Nr.
 In de
 jabt, Wel
 „Wieder
 bringen.
 heit scheit
 an den V
 Württen
 würde al
 an welch
 schaft zur
 Knebelun
 will — e
 unjere w
 tun so, a
 wolken,
 persönlich
 unter Be
 wonach
 soll. Der
 den Cha
 schaftstra
 Zusammen
 liche Blä
 gehen, b
 maüsch n
 rung zw
 digen, in
 sichen Fo
 sichen Egi
 untergrab
 völkischen
 Weh, wen
 ausrufen
 die Tuben
 er hört, n
 rung inn
 Boil, sein
 worden, o
 dauernde
 Weltgewi
 die Engl
 Welt mit
 selbst dem
 den Brut
 Und das
 fenstillstan
 diesen Or
 aufs Mes
 tums end
 lichkeit zu
 Drohung
 Wir h
 falsch wä
 Deutschlan
 aus Deut
 stehen, un
 ihren deut
 wird Eng
 welter bet
 hat verüde
 finent un
 land wiede
 würde, un
 uns näher
 schen Prei
 schärfer m
 Entente,
 „Bertrüm
 Frankreich
 Dienstzeit
 dem ein V
 gestandene,
 größte der
 das engl
 den man g
 und ber
 tenteorgan
 schauen; e
 Profit su